

Europas Sicherheit von Grönland bis zum Ärmelkanal Impulse für eine europäische Strategie im Nordsee- und Nordatlantikraum

Dr. Marius Strubenhoff



© shutterstock/Irina Orlova

Die Grönland-Krise hat die Nordatlantikregion Anfang 2026 ins Zentrum der Aufmerksamkeit gerückt. Der Hohe Norden gewinnt jedoch schon seit Jahren an sicherheitspolitischer Relevanz. Die EU hat die Region mit Verspätung in den sicherheitspolitischen Blick genommen und muss nun Boden gegenüber anderen Akteuren gutmachen.

- ▶ Das für den Sommer 2026 vorgesehene **Update der Arktis-Strategie der EU** stellt eine Gelegenheit dar, dem Hohen Norden die ihm gebührende sicherheitspolitische Priorität einzuräumen.
- ▶ Dafür muss Europa auf sicherheitspolitische Veränderungen im maritimen Bereich reagieren. **Disruptive Technologien (KI-Anwendungen, UUVs)** führen zu einer tiefgreifenden strategischen Neuordnung. Die EU sollte daher das AGILE-Programm im Rahmen des nächsten Mehrjährigen Finanzrahmens der EU signifikant aufstocken und den maritimen Sektor zu einem Fokus machen.
- ▶ Die **Verteidigungsfähigkeit kritischer Unterseeinfrastruktur** sollte stärker in die Planung von EU-Infrastrukturprojekten einfließen.
- ▶ Die EU sollte sich offen für die **Annäherung der Nordsee- und Nordatlantik-Anrainer Island, Norwegen und Vereinigtes Königreich** zeigen und diese für die Entwicklung einer ganzheitlichen regionalen Strategie nutzen.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung.....	3
2	Maritime Sicherheit im Norden Europas	4
3	Ein Jahrzehnt der EU-Nordwesterweiterung?	9
4	Ausblick: Wie geht es weiter für EU und NATO in Nordeuropa?	11

1 Einleitung

Europas Sicherheitskontext hat sich im Laufe des Jahres 2026 grundlegend verändert. Die amerikanischen Ambitionen auf mehr Einfluss und Kontrolle in Grönland haben Europa am Anfang des Jahres vor Augen geführt, dass alte Verlässlichkeit nicht mehr ohne weiteres besteht. Im Zuge amerikanisch-europäischer Meinungsverschiedenheiten über die europäische Unterstützung des Iran-Krieges und die Absicherung der Straße von Hormus wurde die NATO-Beistandsklausel wiederholt durch die Trump-Administration in Zweifel gezogen.

Die Verschiebungen im transatlantischen Bündnis infolge beider Krisen haben zu einem Heranrücken der Staaten des Nordsee- und Nordatlantikraumes an die Europäische Union geführt, die in diesem Ausmaß vor Januar 2026 noch nicht absehbar war. Während die arktische Dimension europäischer Sicherheit die Anfang des Jahres aufgetretene Aufmerksamkeit im Zuge des Iran-Krieges vorübergehend wieder eingebüßt hat, dürfte dies nur von kurzer Dauer sein: Europas Sicherheit hängt in hohem und wachsendem Maße vom Hohen Norden ab.

Vor Februar 2022 hatte Nordeuropa die Besonderheit, dass die Staaten der Region entweder Mitglied der EU (Republik Irland, Schweden, Finnland) oder der NATO (Großbritannien, Norwegen, Island) waren. Dänemark war diesbezüglich eine Ausnahme, jedoch mit der Besonderheit, dass mit Grönland und den Färöer-Inseln zwei seiner Territorien außerhalb der EU stehen. Nach dem NATO-Beitritt durch Finnland und Schweden hat sich dieses Bild verändert. Anfang März 2026 kündigte dazu Island eine Volksabstimmung über die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der EU an. Kurz nachdem sprach sich die oppositionelle Konservative Partei in Norwegen offiziell für einen EU-Beitritt ihres Landes aus. Am 01. April 2026 kündigte der britische Premierminister Keir Starmer in einer Grundsatzrede eine Annäherung an die EU an, die eine tiefgreifende Veränderung der britischen Politik darstellt. In der Republik Irland deutet sich eine mögliche Neujustierung der maritimen Zusammenarbeit mit der NATO an.¹ Nachdem die EU-Erweiterung über Jahrzehnte nach Osten und Süden ausgerichtet war, könnten Integrationsimpulse in den kommenden Jahren aus Richtung Nordwesten kommen.²

Für die EU ist das laufende Jahr hinsichtlich des Hohen Nordens entscheidend. Für das dritte Quartal hat die Europäische Kommission ein Update der EU-Arktisstrategie angekündigt. Während Sicherheit in der aktuellen Version des Dokuments keine wesentliche Rolle spielt, kündigte EU-Außenbeauftragte Kaja Kallas am 03. Februar 2026 bei der Arctic Frontiers Conference in Tromsø an, dass dieses Thema in Zukunft zentraler werden wird. In für Ende Juni bzw. Anfang Juli angekündigten Verhandlungen wird die EU über eine tiefere Zusammenarbeit mit Großbritannien beraten und sich im Laufe des Sommers gegenüber dem wachsenden Beitrittsinteresse Islands und ggf. Norwegens verhalten müssen. Die an Gewicht gewinnende Debatte über die Zusammenarbeit zwischen NATO und EU hat in Bezug auf Nordeuropa aufgrund nur unvollständig überlappender Mitgliedschaften eine besondere Qualität.

Gleichzeitig wachsen die Sicherheitsherausforderungen in der Region. Die moderne Wirtschaft hängt in erheblichem Maße von kritischer maritimer Infrastruktur ab. Mutmaßliche Sabotageakte durch vorsätzliches Ankerschleifen durch Öltanker der russischen Schattenflotte, die Explosionen an der Nord-

¹ Jude Webber, 'Neutral Ireland seeks closer ties with NATO over maritime security', Financial Times, 25.02.2026; <https://www.ft.com/content/b327883c-dabb-414d-8d15-ee6a15aee5c6?syn-25a6b1a6=1>.

² Auch mit dem Arktis-Anrainer Kanada strebt die EU eine intensivere Zusammenarbeit an, bis hin zur Teilnahme des Landes am SAFE-Programm.

Stream-2-Pipeline am 26. September 2022 und Sichtungen russischer Spionageschiffe in der Nähe von Unterwasserkabeln nahe der irischen Küste sowie britischer und dänischer Offshore-Windparks zeigen, welche Herausforderungen bestehen.³ Technologische Entwicklungen im Bereich Drohnen und KI könnten dabei hybride Sabotageakte im maritimen Bereich in Zukunft vereinfachen. Für die EU ist es daher Zeit, sich den Herausforderungen im Nordatlantik und in der Nordsee strategisch zu stellen.

2 Maritime Sicherheit im Norden Europas

Der Nordatlantik und die Nordsee sind einer der zentralen strategischen Räume europäischer Sicherheitspolitik. Diese Bedeutung ergibt sich aus der Präsenz maritimer kritischer Infrastruktur als auch aus der militärischen Präsenz strategischer Rivalen. Das Interesse der Trump-Administration an einer Kontrolle Grönlands ist diesbezüglich lediglich das nächste Kapitel. Bereits zu Zeiten des Kalten Krieges war die Arktis ein wichtiger geopolitischer Schauplatz. Die Flottenstützpunkte an der Barentssee rund um Murmansk stellten den wichtigsten Heimathafen der sowjetischen Marine dar. Bei der Nordischen Flotte handelt es sich auch heute um den wichtigsten Bestandteil der russischen Marine.⁴ Murmansk dient dem einzigen russischen Flugzeugträger Admiral Kuznetsov seit der Inbetriebnahme im Jahr 1991 als Heimathafen. Nicht zuletzt besteht die Relevanz des Hohen Nordens für die russische Marine aus der Tatsache, dass die große Mehrheit der strategischen U-Bootflotte (die einen wichtigen Bestandteil des russischen Atomwaffenarsenals darstellt) dort stationiert ist. Russland sichert seine Stützpunkte an der Barentssee mit einem Festungskonzept ab, zudem auch das Unterwasserspähsystem „Harmonie“ gehört, bei dem Berichten zufolge auf westliche Technologie zurückgegriffen wurde.⁵ Eine Herausforderung für Russland resultiert jedoch aus der Tatsache, dass die russische Marine die sogenannte GIUK Gap zwischen Grönland, Island und dem Vereinigten Königreich passieren muss, um vom Hohen Norden aus in den Atlantik zu gelangen.

Der Krieg in der Ukraine hat Russland auch im Hohen Norden geschwächt. Zu der Reparatur und Wiederinbetriebnahme des (für die aktuelle Kriegsführung nicht relevanten) Flugzeugträgers Kuznetsov ist es finanziell nicht fähig.⁶ Darüber hinaus ist die Nordische Flotte (neben der Baltischen Flotte) jedoch weiterhin einsatzfähig.⁷ Auch strategisch hat der Hohe Norden für Russland nicht an Stellenwert verloren. Im Gegenteil identifiziert Russland den Ausbau gegnerischer maritimer Präsenz im arktischen Bereich als größte Herausforderung seiner nationalen Sicherheit.⁸ Im 2023 veröffentlichten Update

³ Gordon Corera, ‚Ukraine War: The Russian ships accused of North Sea sabotage‘, BBC, 19.04.2023; <https://www.bbc.com/news/world-europe-65309687>.

⁴ Thomas Nielsen, ‚Northern Fleet faces wide gap between ambitions and resources, intel report‘, Barents Observer, 05.02.2025; <https://www.thebarentsobserver.com/security/northern-fleet-faces-wide-gap-between-ambitions-and-resources-intel-report/424194>.

⁵ Katharina Bews, Antonius Kempmann, Sven Lohmann, Merlin Menze, Alice Pesavento, Lea Struckmeier, Benedikt Strunz, Petra Blum, Florian Flade und Manuel Bewarder, ‚Russland schützt Atomarsenal mit westlicher Technik‘, 23.10.2025; <https://www.tagesschau.de/investigativ/ndr-wdr/russland-harmonie-unterwasser-spaehsystem-atomwaffen-100.html>.

⁶ Langfristig wird dies die russische Fähigkeit zum Eingreifen in weiterer Entfernung einschränken: Für die Luftangriffe zur Unterstützung Baschar al-Assads in Syrien ab September 2015 spielte die Kuznetsov noch eine wichtige Rolle.

⁷ Da die Türkei den Kriegsparteien des Russisch-Ukrainischen Krieges die Durchfahrt durch die Bosphorus-Meerenge auf Basis des Vertrages von Montreaux (1936) verwehrt, können die Schiffe nicht ins Schwarze Meer verlegt werden.

⁸ Megi Benia, ‚Russia Continues to Reshape Arctic Security‘, Jamestown Foundation, 26.02.2026; <https://jamestown.org/russia-continues-to-increase-competition-in-the-arctic/>.

seiner Nationalen Sicherheitsstrategie hat Russland den Hohen Norden zur strategischen Priorität erklärt und damit in der Bedeutung hochgestuft.⁹

Dieser Schritt kommt nicht von ungefähr. Der Hohe Norden ist aus vielerlei Hinsicht relevant: Der Klimawandel und die dadurch zunehmende Befahrbarkeit der Meere nördlich des Polarkreises könnte dazu führen, dass die zivile Containerschifffahrt in kommenden Jahrzehnten zunehmend auf die Nordost- und Nordwestpassagen zurückgreift. Der Ausbau der Nordostpassage ist erklärtes Ziel Russlands. Neben dem Ressourcenreichtum der Region treten dazu sicherheitspolitische Belange: Die kürzeste Flugroute für Raketenangriffe (z.B. auf Nordamerika und Teile Europas) verläuft im Norden. Für die Satellitenkommunikation ist die Stationierung von Bodenstationen in der Nähe des Nordpols ein erheblicher Vorteil, da andere Standorte die Kommunikation mit im Polarorbit kreisenden Satelliten (wie z.B. im Fall von IRIS²) verlangsamen.

Weiter südlich bestehen weitere maritime Herausforderungen. Für die Weltwirtschaft hochrelevante transatlantische Datenkabel verlaufen von Irland, dem Vereinigten Königreich, Frankreich und Spanien in die USA. Besonderes Augenmerk liegt aufgrund der durch den Iran-Krieg ausgelösten erneuten Energiekrise auf dem Thema Gaslieferungen. 2025 stammte 44 Prozent der deutschen Erdgasversorgung aus Norwegen. Das Gas wird dabei über drei über die Nordsee verlaufende Pipelines nach Deutschland gebracht. Eine weitere im September 2022 in Betrieb genommene Pipeline zweigt in Richtung Dänemark und Polen ab. Eine potenzielle Sabotage dieser Verbindungen stellt eine Achillesferse der europäischen Energieversorgung dar. Im Vergleich mit Datenkabeln ist die Reparatur von Unterseepipelines dazu aufwendiger, wodurch das Risiko langfristiger wirtschaftlicher Schäden durch Angriffe noch höher ist.

Die Frage nach der Verteidigung maritimer kritischer Infrastruktur wird zunehmend herausfordernder. Sowohl der Iran-Krieg als auch der Krieg zwischen Russland und der Ukraine haben offengelegt, welche Auswirkungen Drohnentechnologien auf das moderne Machtgefüge haben: Nach Wirtschaftsleistung und Größe vermeintlich schwächere Staaten können sich erfolgreich gegen stärkere Macht zur Wehr setzen. Der Ukraine ist es ohne nennenswerte Marine mittels Seedrohnen gelungen, das Schwarze Meer für die russische Marine praktisch unbefahrbar zu machen. Dem Iran ist ähnliches in der Straße von Hormuz gelungen. Die Frage stellt sich, was dies für die zukünftige Sicherheit kritischer Unterwasserinfrastruktur und der Seefahrt bedeutet.

Nach aktuellem Stand unterhält Russland U-Boote wie die Losharik und Schiffe wie die Admiral Vladimisky, die zum Angriff auf Unterseeinfrastruktur fähig sind.¹⁰ Weitere technologische Veränderungen und strategische Verschiebungen sind zu erwarten. Die Verwendung Künstlicher Intelligenz für militärische Zwecke und die Verbesserung von Unterwassersensorik hat zu Debatten über die Frage geführt, ob wir es in Zukunft mit einer aus militärischer Sicht „gläsernen See“ zu tun haben könnten, in der Aktivitäten in hohem Maße erkennbar werden. Im April 2025 erregte die Meldung Aufsehen, dass die Marine der Chinesischen Volksbefreiungsarmee mittels Kartographierung der Beaufort-See nördlich von Alaska und Computersimulationen eine neue akustische Aufklärungsmethode entwickelt hat, die

⁹ Mikhail Komin und Joanna Hosa, 'The bear beneath the ice: Russia's ambitions in the Arctic', European Council on Foreign Relations, 27.05.2025; <https://ecfr.eu/publication/the-bear-beneath-the-ice-russias-ambitions-in-the-arctic/>.

¹⁰ Sidharth Kaushal, 'Stalking the Seabed: How Russia Targets Critical Undersea Infrastructure', 25.05.2023; <https://www.rusi.org/explore-our-research/publications/commentary/stalking-seabed-how-russia-targets-critical-undersea-infrastructure>.

die strategische Situation unter der Meeresoberfläche nachhaltig verändern könnte.¹¹ Dies fügt sich in die „Transparent Ocean Strategy“ der Volksrepublik im Pazifik ein.¹² Solche Technologie könnte in Zukunft auch in Europas Nähe (und ggf. durch andere Akteure) Einsatz finden. Schon seit einigen Jahren laufen Expertendiskussionen angesichts dieser Entwicklungen über die Viabilität der Nutzung von U-Booten für die Aufrechterhaltung nuklearer Zweitschlagskapazität. Die EU (und andere Akteure) prüft ihrerseits, inwiefern Überwachung mittels KI den Schutz maritimer kritischer Infrastruktur vereinfachen könnte. Diese Frage steht im Zentrum des im Rahmen von Horizon Europe geförderten Projekts VIGIMARE.¹³ Entscheidend ist hierfür die Frage, ob die Entwicklung von Unterseedrohnen (auch unter der englischen Abkürzung UUV für Unmanned Underwater Vehicle bekannt) in näherer Zukunft so weit sein wird, dass diese für Angriffe auf Kabel oder Pipelines genutzt werden können. Die technologische Entwicklung von UUV-Systemen wie Poseidon (Russland) oder Orca und Manta Ray (USA) schreitet voran.¹⁴ Dies könnte (gegenläufig zur Entwicklung einer „gläsernen See“) dazu führen, dass solche Infrastruktur in Zukunft nur sehr schwer zu verteidigen ist. Bis auf weiteres sind Drohnen jedoch aufgrund eingeschränkter Reichweiten auf Mutterschiffe angewiesen, die leichter aufzuspüren sind und deren Zahl im Gegensatz zu Drohnen begrenzter ist.

Die EU muss, wie alle anderen maritimen Akteure, auf diese Entwicklungen reagieren. Unabhängig von der weiteren Entwicklung maritimer Überwachungsfähigkeit steht fest: Disruptive Technologien verändern die Sicherheitspolitik nachhaltig. Die Europäische Kommission hat mit AGILE kürzlich ein neues Programm zur Förderung disruptiver Verteidigungstechnologien auf den Weg gebracht.¹⁵ Mit 115 Millionen Euro fällt der finanzielle Rahmen hierfür jedoch gering aus.¹⁶ Zum Vergleich: Der Entwurf der Europäischen Kommission für den EU-Haushalt 2028-2034 sieht für Verteidigung und Weltraum insgesamt 131 Milliarden Euro vor.¹⁷ Die Vereinigten Staaten investieren im Zuge der Verdopplung ihrer Haushaltsgelder für militärische Forschung und Entwicklung alleine 1,3 Milliarden Dollar in UUVs.¹⁸ Des Weiteren wird die EU das AGILE-Programm als klassischen Projektfördertopf gestalten. Vielversprechender wäre ein Programm wie die US-amerikanische Defense Advanced Research Projects Agency (DARPA), das Wissenschaftsförderung durch Wettbewerbe und Preisgelder gestaltet. So wird

¹¹ Army Recognition: ‘Exclusive: China develops new submarine detection breakthrough threatening US naval intelligence and stealth operations’, 22.04.2025; <https://www.armyrecognition.com/focus-analysis-conflicts/navy/naval-technology/exclusive-china-develops-new-submarine-detection-breakthrough-threatening-us-naval-intelligence-and-stealth-operations>.

¹² Defense One: ‘China’s burgeoning undersea sensor net aims to turn the ocean transparent’, 15.10.2025; <https://www.defenseone.com/threats/2025/10/chinas-burgeoning-undersea-sensor-net-aims-turn-ocean-transparent/408815/>. Vergleiche Anselm Küsters und Marius Strubenhoff, ‘Decoding the Dragon: Analyzing China’s Vision of AI Warfare Using Natural Language Processing’, NATO Defense College (im Erscheinen).

¹³ Michael Allen: ‘Guarding Europe’s hidden lifelines: how AI could protect subsea infrastructure’, Horizon: The EU Research & Innovation Magazine, 09.12.2025; <https://projects.research-and-innovation.ec.europa.eu/en/horizon-magazine/guarding-europes-hidden-lifelines-how-ai-could-protect-subsea-infrastructure>.

¹⁴ Die Poseidon-Drohne ist Teil der russischen Atomwaffenflotte. Die von einem Mutterschiff aus startende Drohne zeigt jedoch, in welche Richtung die technologische Entwicklung gehen könnte.

¹⁵ European Commission: ‘Commission presents €115 million Programme for agile and rapid defence innovation (AGILE)’, 25.03.2026; https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_26_687.

¹⁶ Angesichts der relativen Kosten kleiner Plattformen, die in großen Mengen produziert und eingesetzt werden, und großen Plattformen (von Kriegsschiffen und Flugzeugen bis hin zu Flugzeugträgern) erscheint das finanzielle Risiko des Underinvestment in Grundlagenforschung in diesem Bereich langfristig um ein vielfaches höher, als Overinvestment.

¹⁷ Publications Office of the European Union, ‘Europe’s Budget: Defence’; https://op.europa.eu/en/publication-detail/-/publication/06a73675-d5d4-11f0-8da2-01aa75ed71a1/language-en?WT.mc_id=Searchresult&WT.ria_c=55576&WT.ria_f=9125&WT.ria_ev=search&WT.URL=https%3A%2F%2Fcommission.europa.eu%2F

¹⁸ Patrick Tucker, ‘Pentagon’s spending plan doubles down on land, air, sea robots’, Defense One, 24.02.2026; <https://www.defenseone.com/policy/2026/02/pentagons-spending-plan-doubles-down-land-air-sea-robots/411628/>.

sichergestellt, dass Gelder an die besten Forscher und Anbieter fließen. Die EU sollte sich an dem Modell orientieren und dem maritimen Sektor dabei genügend Raum geben.

Auch gilt es für die EU, bei der Förderung ziviler maritimer Infrastruktur die Verteidigungsfähigkeit verstärkt als Kriterium einzubeziehen. Die EU sollte mit Blick auf das Schaffen neuer Verwundbarkeiten bei der Projektförderung genau prüfen, inwiefern der jeweilige Schutz auch wirklich nachhaltig sichergestellt werden kann und ob zu erwartende Kosten zum Schutz Kosten/Nutzen-Rechnungen verändern. Das Projekt Polar Connect ist ein Beispiel für ein Unterfangen, dessen Ausmaß und Natur solche Fragen aufwirft. Für die Verlegung von Datenkabeln möchte die EU die Verkürzung der Routen über die Polarregion nutzen, um Latenzen zu verringern. Im Dezember 2025 hat die Europäische Kommission weitere Mittel für eine Machbarkeitsstudie für das geplante Unterseekabel bewilligt, das im Rahmen der Connecting Europe Facility gefördert wird. Für die Absicherung polarer Datenkabel wie Polar Connect wären jedoch sehr fortgeschrittene militärische Fähigkeiten notwendig.



Quelle: Submarine Cable Networks, 'Polar Connect Receives Additional EU Funding of €4.97 million', 05.12.2025; <https://www.submarinenetworks.com/en/systems/trans-arctic/polar-connect/polar-connect-receives-additional-eu-funding>

Vermeintlich einfacher wird es in größerer Nähe zum europäischen Festland. Doch auch hier bestehen Herausforderungen. Da einige wichtige transatlantische Datenkabel in Irland anlanden und auch ein Großteil der zwischen dem Vereinigten Königreich und dem nordamerikanischen Kontinent verlaufenden Kabel durch irische Hoheitsgewässer verläuft, spielt das Land eine herausgehobene Rolle in der maritimen Sicherheit. Irlands militärische Zusammenarbeit und der Austausch von Militärgeheimdienstinformationen ist aufgrund seiner Position außerhalb der NATO eingeschränkt. Experten sprechen daher auch von einem „blinden Fleck“ des Bündnisses im Nordatlantik. Die EU hat hier daher eine besonders wichtige Rolle zu spielen. Der Schritt der EU zur Errichtung regionaler Unterseekabelüberwachungshubs ist daher zu begrüßen, ebenso wie das in Irlands erster Maritimen Sicherheitsstrategie angekündigte Bestreben, einen solchen EU-Hub in Irland zu etablieren. Dies sollte die Unterstützung der restlichen Mitgliedstaaten finden.

Verteidigungsfähigkeit ist auch ein Thema in Bezug auf die Satellitenprogramme der EU. Für die Kommunikation mit der Satellitenkonstellation IRIS² greift die EU auf eine Bodenstation im norwegischen Svarbard-Archipel zurück. Da die Inselgruppe in der Nähe Russlands (und dem Stützpunkt der Nordischen Flotte) liegt und für die Weitergabe der Satellitendaten auf ein einziges Unterseekabel zurückgegriffen wird, handelt es sich hier um eine arktische Achillesferse der EU. Um diese Verwundbarkeit abzubauen, baut die EU im grönländischen Kangerlussuaq eine zweite Bodenstation auf. Damit

gewinnt Grönland auch für die EU eine entscheidende geopolitische Bedeutung. Doch auch hier drohen Abhängigkeiten: Laut einem Bericht der „New York Times“ über die laufenden dänisch-amerikanischen Verhandlungen zu Grönland ist in Kangerlussuaq auch eine von drei zusätzlichen US-Basen geplant.¹⁹

Die Anrainer der Nordsee und des Nordatlantiks sind sich der Wichtigkeit von Investitionen in Verteidigung und der Vertiefung der Zusammenarbeit bewusst. Dänemark investiert einen erheblichen Teil der Aufstockung seines Verteidigungshaushaltes in den Hohen Norden und den Nordatlantik. Neue Radaranlagen werden auf den Färoer-Inseln und Ostgrönland stationiert. Neben zwei neuen arktisfähigen Schiffen investiert Dänemark in ein neues arktisches Hauptquartier und den militärischen Ausbau des Hafens in Nuuk. Außerdem kauft das Königreich drei neue maritime Überwachungsflugzeuge des Typs Poseidon.²⁰ Das im Oktober 2024 unterzeichnete deutsch-britische Trinity House Agreement beinhaltet neben der Vertiefung der Verteidigungs- und Rüstungszusammenarbeit auch die regelmäßige Stationierung deutscher Poseidon-8-Flugzeuge im schottischen Lossiemouth zur maritimen Überwachung des Nordatlantiks. Deutschland und Norwegen bauen gemeinsam Flotten von U-Booten identischer Bauweise auf, die mehrheitlich Überwachungszwecken dienen. Das Vereinigte Königreich und Norwegen sind im Dezember 2025 eine Verteidigungspartnerschaft (Lunna House Agreement) eingegangen, die den gemeinsamen Betrieb von Anti-U-Boot-Fregatten zum Schutz von Unterseekabeln vorsieht. Deutschland, Norwegen und das Vereinigte Königreich haben dazu ein „Burden Sharing Agreement“ abgeschlossen, das eine Aufgabenverteilung bei der Anti-U-Bootaufklärung beinhaltet.²¹ Bereits seit 2014 besteht die Joint Expeditionary Force unter britischer Führung, die (außerhalb von EU und NATO) maritime Fähigkeiten von zehn Mitgliedstaaten vereint. Ende März 2026 wurde die Mitgliedschaft Islands und Norwegens an den EU-Programmen IRIS² und GOVSATCOM verkündet.²² Die Zusammenarbeit mit kleineren Nachbarstaaten ist gerade im Satellitenüberwachungsbereich auch für die EU potenziell interessant. Island hat sich bereits als weiterer Stützpunkt für IRIS²-Bodenstationen ins Spiel gebracht, was die Abhängigkeit der Union von Svalbard und der im Bau befindlichen Station in Kangerlussuaq verringern würde.²³ In den kommenden Jahren wird sich zeigen, ob sich dieser Ausbau der Zusammenarbeit im maritimen Bereich in größeren institutionellen Veränderungen niederschlagen wird.

¹⁹ Jeffrey Gettleman, Maya Tekeli und Eric Schmitt, 'U.S. Plans Military Expansion in Greenland', New York Times, 01.04.2026; <https://www.nytimes.com/2026/04/01/world/europe/us-military-seeks-expansion-in-greenland.html?searchResultPosition=2>.

²⁰ Stuart Lau und Danny Aeberhard, 'Denmark to boost Arctic defence with new ships, jets and HQ', 11.10.2025; <https://www.bbc.com/news/articles/cy9n790j878o>.

²¹ Atle Staalesen, 'Europeans step up submarine hunting in the North', 16.02.2026; <https://www.thebarentsobserver.com/security/europeans-step-up-submarine-hunting-in-the-north/445235>.

²² Das 2026 in Betrieb genommene GOVSATCOM erlaubt die verschlüsselte Kommunikation sensibler Inhalte. Anfang März griff die Republik Zypern als erster EU-Mitgliedstaat erstmals auf das neue System GOVSATCOM zurück. Siehe Andrew Parsonson, 'Cyprus First to Use EU GOVSATCOM Secure Communications Service', European Spaceflight, 11.03.2026; <https://europeanspaceflight.com/cyprus-first-to-use-eu-govsatcom-secure-communications-service/>.

²³ Malte Pedersen, 'Iceland and Norway join EU satellite programmes for secure links'; <https://www.nordiskpost.com/2026/03/26/iceland-and-norway-join-eu-satellite-programmes/>.

3 Ein Jahrzehnt der EU-Nordwesterweiterung?

Die kommenden Jahre könnten das Jahrzehnt der Nordwesterweiterung der EU werden. Zumindest deuten die Zeichen auf eine engere Zusammenarbeit hin. Es ist kein Zufall, dass sowohl Island, Norwegen und das Vereinigte Königreich die Basis ihrer Beziehungen mit Brüssel im Laufe weniger Wochen im Kontext einer tiefgreifenden Krise der transatlantischen Partnerschaft überdenken.

Bezüglich einer EU-Mitgliedschaft hat sich Island unter den Nordsee-Anrainern am deutlichsten positioniert. Für den 29. August 2026 hat die isländische Regierung einen Volksentscheid über die Wiederaufnahme der Verhandlungen über eine EU-Mitgliedschaft angekündigt.²⁴ Islands heutige strategische Bedeutung speist sich unter anderem aus seiner geographischen Position inmitten der GIUK Gap. Das Territorium des NATO-Gründungsmitglieds spielt dabei mit Radarstationen eine wichtige Rolle bei der maritimen Aufklärung. Besonders ist im Falle Islands, dass es als einziges NATO-Mitglied über keine Armee verfügt. Für seine Verteidigung verlässt sich der Inselstaat auf die Vereinigten Staaten auf Basis einer bilateralen Sicherheitsvereinbarung. Diese Herangehensweise macht Island jedoch in der Ära der Trump-Administration noch verwundbarer als andere Staaten, was zum Umdenken hinsichtlich einer EU-Mitgliedschaft beiträgt.

Die EU sollte für Islands Avancen offen sein. Da zwischen 2010 und 2013 bereits Verhandlungen liefen und Island ohnehin Mitglied des Europäischen Wirtschaftsraumes (EWR) ist, wären diese in vielen Punkten vergleichsweise schnell zu absolvieren. In einer entscheidenden Hinsicht könnten Verhandlungen heute sogar einfacher sein: Der für Island wichtige Fischereisektor brachte den Beitrittsprozess schließlich zum Scheitern. Damals lag der Hauptkonflikt zwischen dem Vereinigten Königreich und Island. Da das Vereinigte Königreich heute kein EU-Mitglied mehr ist, steht einer isländischen Mitgliedschaft heute weniger im Wege. Die EU sollte auch aus eigenem Interesse pragmatisch in diese Verhandlungen gehen: Die Sicherheit Islands und Europas bedingen sich aufgrund der steigenden sicherheitspolitischen Relevanz des Hohen Nordens. Führende Mitgliedstaaten sollten als Teil dieses Prozesses gewillt sein, Island bei Bedarf ein verteidigungspolitisches Angebot zu machen.

Die sicherheitspolitische Relevanz Norwegens wird sowohl von der EU und ihren Mitgliedstaaten sowie dem Vereinigten Königreich erkannt (siehe oben). In Bezug auf Grönland sind seit Januar 2026 Forderungen nach einem Angebot einer EU-Mitgliedschaft an das dänische Territorium lautgeworden.²⁵ Laut einer Umfrage der „Copenhagen Post“ unterstützen 65 Prozent der Einwohner Grönlands eine engere Anbindung an die EU, während 5 Prozent eine engere Anbindung an die USA wünschen.²⁶ Trotz der (relativen) Präferenz für Europa bleibt jedoch der grönländische Wunsch nach Unabhängigkeit von Dänemark bestehen. Bei der dänischen Parlamentswahl im März 2026 erzielte die für eine schnelle Umsetzung der Unabhängigkeit Grönlands eintretende Naleraq-Partei erstmalig genügend Stimmen, um einen der beiden grönländischen Sitze im dänischen Parlament zu erringen.²⁷ Der entscheidende

²⁴ Zoya Sheftalovich und Koen Verhelst, 'Iceland could be EU's next member, foreign minister says', Politico, 11.03.2026; <https://www.politico.eu/article/iceland-could-be-eus-28th-member-foreign-minister-thorgerdur-katrin-gunnarsdottir-says/>

²⁵ Robert Habeck und Andreas Raspotnik, 'Trump is ready to grab Greenland. The EU should move first – and offer it membership', 12.01.2026; <https://www.theguardian.com/commentisfree/2026/jan/12/donald-trump-greenland-eu-membership-europe>

²⁶ Lars Vesterlørkke, 'Greenlanders look to Europe, not the U.S. – poll', 30.01.2026; <https://cphpost.dk/2026-01-30/news/politics/greenlanders-look-to-europe-not-the-u-s/>

²⁷ Stine Jacobsen, 'Greenland independence party wins seat in Danish general election', 25.03.2026; <https://www.reuters.com/world/europe/greenland-independence-party-wins-seat-danish-parliament-key-moment-2026-03-25/>

politische Schritt für die EU ist daher nicht so sehr das Angebot einer EU-Mitgliedschaft (die bis bereits 1985 bestand, bevor Grönland nach einem Referendum aus der EWG ausschied) abzugeben, sondern der Bevölkerung Grönlands Vorteile einer engen Anbindung an die EU zukommen zu lassen.

Aufgrund seiner Größe ist das Vereinigte Königreich der Elefant im maritimen Raum Nordeuropas. Sowohl in der britischen Bevölkerung wie in der Regierung herrscht mittlerweile die Wahrnehmung, dass der Austritt dem Land geschadet hat. Laut einer „Yougov“-Erhebung vom 12.-13. März 2026 unterstützen 53 Prozent der Befragten eine erneute EU-Mitgliedschaft, während 28 Prozent dies ablehnen.²⁸ Ob sich die aktuelle (oder eine künftige) britische Regierung zu einem solchen Schritt entschließt, bleibt jedoch bis auf weiteres fraglich. Auch wenn eine Mehrheit einen solchen Schritt unterstützt, fällt die Ablehnung der Minderheit vehement aus. Auch war die britische Politik zwischen 2016 und 2020 durch die Abwicklung der EU-Mitgliedschaft und Debatten über das „Wie“ des Austritts hinsichtlich anderer politischer Unterfangen und Reformen vollends blockiert. Diese Erfahrung und die zu erwartende Wiederholung im Zuge eines Wiedereintritts wirkt auch auf die Befürworter einer erneuten Mitgliedschaft. Außer Frage steht jedoch, dass die Zeichen auf Annäherung stehen. Dass Premierminister Starmer am 01. April (vorbereitet durch vorherige Äußerungen wichtiger Regierungsmitglieder) dies offen ausgesprochen hat, ist jedoch eine substantielle Neuentwicklung.

Nach 2016 war es im Laufe der Austrittsverhandlungen aus EU-Sicht notwendig, auch zum Schutz vor weiteren zentrifugalen Kräften innerhalb der Union zu vermeiden, dass das Vereinigte Königreich die Vorteile einer Mitgliedschaft auch außerhalb der EU genießt, ohne gleichzeitig in den EU-Haushalt einzuzahlen. Der britische EU-Austritt hat jedoch mittlerweile Erfahrungswerte geschaffen, welche wirtschaftlichen Nachteile mit einem Austritt einhergehen. Die EU ist dadurch in einer stärkeren Position als zwischen 2016 und 2020: Die Nachteile des EU-Austritts sind heute für alle Seiten sichtbar. Dies stärkt die Position der EU auf eine Art und Weise, wie es in den Jahren zwischen dem Volksentscheid am 23. Juni 2016 und dem Austritt zum 31. Januar 2020 nicht der Fall war. Dies verleiht der EU größere Flexibilität in der Neuregelung ihrer Beziehungen mit London.

Die EU sollte daher in den anstehenden Verhandlungen mit dem Vereinigten Königreich eine pragmatische Position einnehmen. Dieses Jahr besteht die Möglichkeit, die Partnerschaft zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich entscheidend neu zu definieren. Die Rollenverteilung ist dabei klar: London wird es nicht zuletzt um einen besseren Zugang zum Gemeinsamen Markt gehen. Die Maximallösung wäre eine mit dem Status der Türkei vergleichbare Zollunion: Eine Option, die Premierminister Starmer mit Verweis auf das Wahlprogramm seiner Partei jedoch weiterhin ausschließt. Im Gegenzug zu einem neugestalteten Abkommen kann es (neben anderen für Europa interessanten Zugeständnissen wie der Öffnung der britischen Universitäten für Studierende aus EU-Staaten auf „Home Fee“-Basis) in erster Linie Verteidigungszusammenarbeit in den Verhandlungen einbringen.

Die EU sollte auf die britischen Wünsche nach einer Annäherung eingehen. Das Konzept der strategischen Autonomie der EU sollte dabei ins Auge nehmen, dass die Union ihre Abhängigkeit gegenüber großen Mächten außerhalb Europas abbauen muss. Um dies zu verwirklichen, sollte die Zusammenarbeit mit mittleren Mächten eher aus- statt abgebaut werden: Insbesondere mit solchen Staaten, die das Wertefundament der EU teilen. Ein wichtiger Schritt für die Vertiefung der Zusammenarbeit wäre die Teilnahme des Vereinigten Königreiches an SAFE: Hier sollte Brüssel im Zweifel gewillt sein, sein

²⁸ Yougov Survey Results, Fieldwork: 11th-25th March 2026; https://d3nkl3psvxxpe9.cloudfront.net/documents/Copy_of_Topline_Eurotrack_Mar26.pdf.

finanzielles Angebot anzupassen: Die vor dem Ende der Verhandlungen im Raum stehende Summe von 6 Milliarden Euro für die Mitgliedschaft scheint hoch gegriffen. Für die Verwirklichung einer kohärenten Nordsee-, Nordatlantik- und Arktisstrategie sollte eine möglichst enge Anbindung des Vereinigten Königreichs an Europa ein zentrales Politikziel sein, das der Union auch etwas wert ist.

Sollte die Annäherung Londons an die EU noch weiter gehen als es die aktuellen Äußerungen britischer Regierungsvertreter vermuten lassen, wäre dies zu begrüßen. Im Falle einer neuen Zollunion würde das Verhandlungsgewicht der EU steigen. Dies liegt nicht nur an der britischen Wirtschaftskraft als Ganzes, sondern auch an hochspezialisierten Gütern wie z.B. Spezialstahl mit sehr hohem Reinheitswert, von deren Lieferung auch die Vereinigten Staaten im Rüstungsbereich abhängig sind. Es ist daher im Interesse der EU, dem Vereinigten Königreich in den Verhandlungen im Sommer ein Angebot zu machen, das das Land langfristig wieder näher an den Kontinent heranführen kann. Mit einer solchen Weichenstellung könnten Brüssel und London ihre Zusammenarbeit auf ein neues Fundament stellen.

4 Ausblick: Wie geht es weiter für EU und NATO in Nordeuropa?

Die Zukunft der EU im Hinblick auf den Raum des Nordatlantiks und der Nordsee ist ungewiss. Zwar zeigen die Veränderungen in Island, Norwegen und dem Vereinigten Königreich, dass der EU ein hoher Stellenwert beigemessen wird. In der Tat lässt sich beobachten, dass sicherheitspolitische Erwägungen in Drittstaaten mittlerweile eine größere Rolle in Debatten über die eigenen Beziehungen zur EU spielen. Für die EU heißt dies, dass sie ihre Attraktivität stärker in sicherheitspolitischen Bezügen denken sollte.

Die weitere Entwicklung ist jedoch nicht vorgezeichnet. Das Referendum in Island könnte jedoch auch gegen eine EU-Mitgliedschaft ausfallen: Umfragewerte deuten auf ein Kopf-an-Kopf-Rennen hin. Im Vereinigten Königreich stellt ein möglicher Wahlerfolg der Partei Reform eine Herausforderung dar, die die von Regierungsseite anvisierte EU-Annäherung in Zukunft wieder konterkarieren könnte. Auch in Norwegen ist der Ausgang nicht vorgezeichnet. In jedem Fall ist mit intensiven Einflusskampagnen aus nicht-europäischer Richtung zu rechnen, um die sich abzeichnende Annäherung zwischen EU und den Nordsee- und Nordatlantik-Anrainern zu verhindern.

Die zukünftigen Beziehungen zwischen Europa und den Vereinigten Staaten sind ein weiteres Fragezeichen. Ein positiver Ausgang der Grönland-Verhandlungen zwischen Dänemark und den Vereinigten Staaten ist nicht garantiert. Die vergangenen Monate haben gezeigt, dass Europa sich nicht mehr gänzlich auf Amerika verlassen kann. Trotzdem sollte die EU den gänzlichen Bruch mit den Vereinigten Staaten vermeiden. Während die Trump-Administration immer deutlicher auf Distanz zur EU und auch zur NATO geht, hat die Unterstützung der amerikanischen Bevölkerung für das Bündnis laut dem Reagan Survey mit 68 Prozent ihren höchsten Punkt erreicht, seitdem die Umfrage 2018 erstmals erhoben wurde. Die Unterstützungswerte der EU seitens der amerikanischen Bevölkerung geben ein ähnliches Bild, das die aktuelle Krise in Perspektive setzt.²⁹

Die EU sollte mit Blick auf diese Entwicklungen eine Doppelstrategie verfolgen. Einerseits geht es

²⁹ Für eine Einordnung der Umfragewerte siehe weitergehend Marius Strubenhoff, 'The Transatlantic Partnership is Not Dead: But Europe Must Stop Talking Itself Down to Ensure its Future', Common Ground of Europe, 02.02.2026; <https://commongroundeurope.eu/blog/the-transatlantic-partnership-is-not-deadbut-europe-must-stop-talking-itself-down-to-ensure-its-future/>.

darum, die strategische Autonomie gegenüber Amerika systematisch auszubauen, wofür nicht zuletzt eine signifikante Ausweitung der Investitionen in disruptive Technologien notwendig ist. Die EU sollte jedoch auch weiterhin auf eine Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten setzen. Mit Blick auf den Hohen Norden sollte dieser Grundsatz auch Eingang in das Update der Arktis-Strategie der EU finden. Die Bemühungen zur Pflege der Beziehungen zu den Vereinigten Staaten sollte nicht zuletzt auch auf parlamentarischer und Ebene der Bevölkerung ausgebaut werden. Die von der britischen Regierung anvisierte Annäherung an die EU zeigt, dass sich die Politik eines demokratischen Landes, das auf Distanz zu Europa gegangen ist, in Zukunft auch wieder in andere Richtungen entwickeln kann.

Die Zusammenarbeit mit dem Vereinigten Königreich ist auch für die Debatte über die zukünftige Kooperation zwischen der EU und der NATO (bzw. der möglichen Übernahme von Aufgaben der NATO durch die EU) aufschlussreich. Zwischen EU-Mitgliedstaaten und London gibt es verschiedene Ebenen der militärischen Zusammenarbeit, die teilweise auch außerhalb der NATO stehen. Die Joint Expeditionary Force, die maritime kritische Infrastruktur in der Nordsee schützt, ist ein Beispiel dafür. Auch die Beschaffungsinstitution OCCAR, bei der die EU-Mitgliedstaaten Frankreich, Deutschland, Belgien, Italien und Spanien mit dem Vereinigten Königreich zusammenarbeiten, ist nicht in Strukturen der NATO und EU eingebettet. Die Zusammenarbeit mit der EU ist jedoch so belastbar, dass die EU bei einigen Projekten an OCCAR delegiert. In der aktuell bestehenden Lage sollte die EU auf verschiedene Formate der Zusammenarbeit setzen, dabei jedoch Doppelstrukturen vermeiden. Nicht alles, was im sicherheitspolitischen Sinne der EU ist, muss auch zwangsläufig auf EU-Ebene passieren.

Die sicherheitspolitischen Herausforderungen Europas im maritimen Bereich zwischen Ärmelkanal und Grönland sind enorm: Ohne geregelte Zusammenarbeit werden die Staaten der Region diesen nicht gerecht werden. Dies gilt insbesondere für eine Zeit, in der technologische Veränderungen die internationale Machtbalance verschieben: Vermeintlich schwächere Akteure wie die Ukraine und der Iran können sich gegen vermeintlich stärkere Akteure wie Russland und die Vereinigten Staaten durch den Einsatz von Drohnen zur Wehr setzen und Gewässer für die Marine und den zivilen Schiffsverkehr schwer befahrbar machen. Die EU muss sich dieser neuen Realität im maritimen Bereich stellen.

In der Tat stellt die durch technologische Entwicklungen einfacher gewordene Beeinträchtigung maritimer Wirtschaftswege ein starkes Argument dafür dar, die Beziehungen mit der unmittelbaren Nachbarschaft der EU mit Blick auf die kommenden Jahrzehnte so weit wie möglich auszubauen: Stellen diese doch Wirtschaftsräume dar, mit denen der maritime Handel auch in Konfliktszenarien schwerer zu beeinträchtigen ist.

Trotzdem stellen auch die Nordsee, der Nordatlantik und der arktische Raum Regionen dar, deren Sicherheit in der Zukunft herausgefordert sein wird. Die EU sollte die Region in ihrem Update der Arktis-Strategie zu der Priorität erklären, die sie geopolitisch darstellt. Die Berufung von Jyrki Katainen als Sonderberater für die EU-Arktis-Beziehungen durch die Europäische Kommission am 13. April 2026 ist daher ein wichtiges Zeichen. Denn ob im Bereich der Energie, Unterseekabel oder Satellitenkommunikation: Die Sicherheit aller EU-Mitgliedstaaten hängt unabhängig von ihrer eigenen geographischen Lage vom Hohen Norden und dem Nordatlantik ab.



Autor:

Dr. Marius Strubenhoff, Policy Analyst

strubenhoff@cep.eu

Centrum für Europäische Politik FREIBURG | BERLIN

Kaiser-Joseph-Straße 266 | D-79098 Freiburg
Schiffbauerdamm 40 Raum 4205 | D-10117 Berlin
Tel. + 49 761 38693-0

Centre de Politique Européenne PARIS

17, rue Saint Fiacre | F-75002 Paris
Tél. +33 1 88 80 72 00

Centro Politiche Europee ROMA

Via A. Brunetti, 60 | I-00186 Roma
Tel. +39 06 84 38 84 33

Das **Centrum für Europäische Politik** FREIBURG | BERLIN, das **Centre de Politique Européenne** PARIS, und das **Centro Politiche Europee** ROMA bilden das **Centres for European Policy Network** FREIBURG | BERLIN | PARIS | ROMA.

Das Centres for European Policy Network analysiert und bewertet die Politik der Europäischen Union unabhängig von Partikular- und parteipolitischen Interessen in grundsätzlich integrationsfreundlicher Ausrichtung und auf Basis der Grundsätze einer freiheitlichen und marktwirtschaftlichen Ordnung.